



FLUGLÄRM: JETZT ZÄHLEN NUR NOCH TATEN

Spätestens mit Inbetriebnahme der Nordwest-Landebahn ist allen klar: der Frankfurter Flughafen hat die Grenzen des Wachstums überschritten. Der Fluglärm hat nicht mehr akzeptable Dimensionen erreicht. Menschen sind angesichts des Lärms verzweifelt. Sie fühlen sich ihrer Heimat beraubt. Und noch mehr Flugverkehr und damit Lärm werden folgen, wenn jetzt nicht konsequent gehandelt wird.

WIR HABEN IMMER GEKÄMPFT

Die GRÜNE Landtagsfraktion war, ist und bleibt die politische Kraft im Hessischen Landtag, die von Anfang an konsequent gegen die neue Landebahn gekämpft hat. Deshalb bleiben wir auch



Die Proteste in Frankfurt gehen weiter!

heute dabei: Der Ausbau war ein Fehler, das Beste wäre, wenn diese Bahn niemals gebaut worden wäre.

PROTEST MUSS WEITER GEHEN

Die falsche Entscheidung der schwarz-gelben Landesregierung für den Ausbau wurde allerdings getroffen und

zur Wahrheit gehört auch, dass 1999, 2003, 2008 und 2009 Landtagswahlen stattfanden, bei denen die Ausbaubefürworter CDU, SPD und FDP niemals weniger als 75 % der Stimmen bekommen haben. Dennoch werden wir GRÜNE weiterhin alle machbaren Möglichkeiten ergreifen, um zu einer Senkung der Lärmbelastung zu kommen.

Auch ist immer noch möglich, dass das Bundesverwaltungsgericht die Genehmigung der Bahn insgesamt für rechtswidrig erklärt und damit die Grundlage für den Betrieb entfällt.

Fortsetzung S. 2

KOMMUNALER RETTUNGSSCHIRM NICHT AUSREICHEND

Wir begrüßen, dass es gelungen ist, mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Einigung zum kommunalen Rettungsschirm zu erreichen. So selbstverständlich ist das ja nicht. Es gibt genügend Konflikte zwischen Land, Kommunen und Landkreisen, wo es richtig knirscht und Gerichte angerufen werden müssen. Der kommunale Rettungsschirm ist nach vielen Zumutungen für die Kommunen endlich mal ein Schritt in die richtige Richtung – auch wenn er alleine noch nicht ausreicht.

Der Schirm ist nach den zusätzlichen fi-

nanziellen Belastungen, die die Kommunen durch das Handeln der schwarz-gelben Landesregierung erfahren mussten, nur ein kleiner Ausgleich.

LINKE TASCHE, RECHTE TASCHE

Nach dem unsystematischen Entzug von mehr als 340 Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) stehen gerade einmal 100 Millionen Euro Tilgung jährlich zur Entlastung der kommunalen Schulden über 30 Jahre zur Verfügung. Das relativiert die Gesamtsumme von 3 Milliarden Euro dann schon erheblich. Auch dass die Kommunen erst 2013 mit dem Geld rechnen können, ist sehr bedauerlich. Hier hätten wir uns für die Kommunen eine schnellere und wirksamere Hilfe gewünscht. Das Land ist jetzt in der Verantwortung, die Verantwortlichen vor Ort tatkräftig zu unterstützen und nicht nur Gespräche

mit den Bürgermeistern und Gemeindevetretern, sondern auch mit anderen wichtigen Akteuren in der Gemeinde zu suchen, damit für die Annahme des Angebotes auch in der Bevölkerung eine breite Zustimmung gewonnen werden kann. Die Kommunen werden sicher ganz genau nachrechnen, inwieweit der Rettungsschirm sich für sie rentiert und ob die Auflagen in einem angemessenen Verhältnis stehen. Parallel dazu muss die Landesregierung auch auf Bundesebene aktiv werden, um die Einnahmeseite der Kommunen zu verbessern und z.B. die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer zu unterstützen. Der Schutzschirm kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Kommunen chronisch unterfinanziert sind und ihr strukturelles Defizit auch mit einer Finanzspritze nicht ausgleichen können.

AUS DEM INHALT

Finanztransaktionssteuer	S. 3
Spielhallengesetz	S. 3
Mandatswechsel	S. 4
Sexualmedizinische Ambulanz	S. 5
Inklusion	S. 7
Vetternwirtschaft	S. 8



Fortsetzung von S. 1



Es wird in den nächsten Wochen darauf ankommen, dass der Protest nicht nachlässt, sondern weiter wächst.

Es geht um ein unübersehbares Zeichen an die schwarz-gelbe Landesregierung und im Vorfeld des für Ende März erwarteten Urteils des Bundesverwaltungsgerichts, dass die Grenzen der Belastung im Rhein-Main-Gebiet endgültig überschritten sind.

Wir wissen nicht, wie das Bundesverwaltungsgericht entscheiden wird. Die GRÜNE Landtagsfraktion ist aber bereits im Gespräch mit spezialisierten Verwaltungsjuristen, um nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts die weiteren möglichen Schritte zur dauerhaften Reduzierung der Belastungen durch den Flugverkehr umfassend auszuloten. Wir werden sofort nach Vorliegen der Entscheidung ein Gutachten in Auftrag geben, um zu klären, was rechtlich und politisch möglich ist, um dem Flughafen in einer der am dichtesten besiedelten Regionen Deutschlands endlich Grenzen zu setzen.

Weitere Informationen immer unter:
www.gruene-hessen.de/fluglaerm

KONKRET: WIR FORDERN VON DER LANDESREGIERUNG

1. den Revisionsantrag gegen die Urteile des VGH sofort zurückzunehmen, um ein unübersehbares Zeichen an die Leipziger Richter zu senden, dass das Nachtflugverbot auch von der Landesregierung endlich akzeptiert wird;
2. alle Möglichkeiten zu prüfen, wie der Schutz der Nachtruhe auf die Zeit der gesetzlichen Nacht von 22 bis 6 Uhr ausgedehnt werden kann;
3. sicherzustellen, dass die Luftaufsicht des hessischen Wirtschaftsministeriums die Einhaltung des vom VGH vorläufig in Kraft gesetzten Nachtflugverbots strikt kontrolliert und Ausnahmegenehmigungen nur in konkret begründeten Einzelfällen bei unabweisbarer Notwendigkeit erteilt;
4. dafür einzutreten, dass aktive Schallschutzmaßnahmen, die zur Verringerung der Belastung führen, möglichst umgehend nicht nur in die Tagesrandstunden, sondern auch in den regulären Tagesbetrieb übernommen werden;
5. dafür zu sorgen, dass das Steilstartverfahren weitgehend praktiziert wird, damit die Flugzeuge möglichst rasch Höhe gewinnen;
6. sicherzustellen, dass der Gleitsinkanflug (CDA) regelmäßig zum Einsatz kommt, damit Flugzeuge weitgehend im Leerlauf zum Landepunkt sinken;
7. vorzugeben, dass der gebogene Anflug (Segmented Approach) regelmäßig eingesetzt wird, damit die Flugzeuge möglichst keine Besiedlungszentren in geringer Höhe überfliegen;
8. durchzusetzen, dass gezielte Bahn- und Routennutzungen (DROps) auch in Form von zeitlichen Betriebsbeschränkungen für einzelne Bahnen eingeführt werden, damit Pausen der Lärmbelastung für die Betroffenen geschaffen werden;
9. für eine Erhöhung des Gleitwinkels des Instrumenten-Lande-Systems über 3 Grad hinaus zu sorgen, damit die Überflughöhen im Landeanflug möglichst hoch liegen;
10. eine deutlich stärkere Spreizung des Gebührensystems mit Erhöhungen der Gebühren für lautere Flugzeuge zu verordnen, damit diese Frankfurt möglichst meiden und die Fluggesellschaften in modernere Flugzeuge investieren;
11. eine absolute Obergrenze für Flugbewegungen und Lärmbelastungen festzulegen, damit die Menschen, die rund um den Flughafen leben vor stetig steigenden Belastungen dauerhaft geschützt sind;
12. sich dafür einzusetzen, dass das Luftverkehrsgesetz durch den Bundesgesetzgeber möglichst umgehend zugunsten eines wirksamen Lärmschutzes der Bevölkerung geändert wird, indem
 - a. Flugsicherung (DFS) darauf verpflichtet wird, neben der Flugsicherheit mit Priorität den Lärmschutz als Arbeitsvorgabe und das Gebot der Minimierung des Fluglärms bei ihren Entscheidungen zu beachten;
 - b. eine Beteiligung der Öffentlichkeit zumindest bei grundlegenden Entscheidungen über Flugrouten und Flugverfahren durch Ergänzung der bisher geltenden Vorschriften sichergestellt wird.

IMPRESSIONEN DER MONTAGSDEMOS UND DER GROSSDEMO AM 4. FEBRUAR

Viele Tausend Demonstranten setzen jeden Montag und haben am Samstag den 4. Februar, im Terminal 1 ein Zeichen und die GRÜNE Landtagsfraktion war natürlich auch wieder dabei. Fotos: Dieter Ackermann und Till Haupt.



Bilder und Videos auch auf gruene-hessen.de und im Kanal GRÜNE Hessen ([youtube.com](https://www.youtube.com))



GESETZENTWURF DER LANDESREGIERUNG WIRKUNGSLOS

Mit dem Thema Spielhallen beschäftigen wir uns schon seit längerem. In einer Veranstaltung mit Experten haben wir bereits über sinnvolle Maßnahmen zum Jugend- und Anwohnerschutz, aber auch zum Spielerschutz diskutiert und auch einen Gesetzentwurf vorgelegt. Denn wir brauchen dringend neue Regelungen in diesem Bereich. In unserem Gesetzentwurf ist die Verschärfung der Erlaubnisvoraussetzung für die Eröffnung und den Betrieb von Spielhallen ein wichtiger Bestandteil. Zudem sollen Schulungsnachweise zu den Themen Suchtprävention und -bekämpfung für das in Spielhallen tätige Personal und eine Sperrstunde von 3 bis 11 Uhr eingeführt werden. Außerdem soll der Kinder- und Jugendschutz erweitert werden und in Zukunft sollen für 20 000 Einwohnerinnen und Einwohner nur eine Spielhalle zulässig sein. Inzwischen hat auch die Landesregierung endlich ihren Gesetzentwurf vor-



Insbesondere das Automaten Spiel ist suchtgefährdend

gelegt, der allerdings viel zu kurz greift. Der Status quo wird demnach für die nächsten 15 Jahre zementiert ohne dass die bestehenden Probleme auch nur ansatzweise angegangen werden.

PROBLEME NICHT GELÖST

Dabei gäbe es genug zu tun. Wir müssen uns beispielsweise endlich um die wachsende Anzahl sehr junger Spielsüchtiger kümmern und es bleibt schleierhaft, warum es Monate gedauert hat, bis dieser Gesetzentwurf vorgelegt wurde. Alle Probleme bleiben unangetastet: Eine Regulierung bleibt aus, bestehende Spielhallen werden weiter geduldet – es

scheint, als hätte die FDP als parlamentarischer Arm der Automatenlobby dem Innenminister Rhein dieses Gesetz diktiert. Als ehemaliger Ordnungsdezernent der Stadt Frankfurt müsste Rhein eigentlich wissen, dass sein Gesetzentwurf nur ein Placebo ist. Auch unerwünschte Nebeneffekte wie Mega-Spielhallen auf der grünen Wiese oder die negativen Auswirkungen auf die Innenstädte werden mit so einem Gesetzentwurf nicht verhindert. So wird zwar verboten, mehrere Spielhallen unter einem Dach zu betreiben und zwischen zwei Spielhallen soll mindestens ein Abstand von 300 Metern liegen, aber von der Landesregierung ist bereits eine Klausel vorgesehen, die Ausnahmen zulässt. Es zeigt sich wieder einmal das die Landesregierung nach dem Motto handelt: Viel Lärm und nichts dahinter.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2h7>

DIE EWIG GESTRIGEN: BOUFFIER UND DIE FDP Endlich mehr Gerechtigkeit durch Finanztransaktionssteuer schaffen

Außer der hessischen Landesregierung und der FDP sind inzwischen alle für die Einführung einer Transaktionssteuer. Deswegen hatten wir zu der Plenarsitzung im Februar, unter dem Titel „Mehr Gerechtigkeit durch Finanztransaktionssteuer schaffen – Bouffier und FDP stoppen“, eine Aktuelle Stunde beantragt. Wir brauchen eine Besteuerung internationaler Geldtransaktionen, auch um der unersättlichen Gier von Spekulanten einen Riegel vorzuschieben. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dies inzwischen erkannt, nur Ministerpräsident Bouffier und die FDP sind hier noch auf einem Irrweg. Insbesondere dem risikoreichen Hochfrequenzhandel könnte mit der Finanztransaktionssteuer Einhalt geboten

werden. Dabei geht es um raschen Umschlag von Wertpapieren, der PC-gesteuert erfolgt und bei dem die Gewinne ausschließlich über den schnellen Handel erzielt werden. Damit wird die Spekulation zusätzlich angeheizt.

SPEKULATIONEN EINDÄMMEN

Natürlich wäre der sinnvollste Weg, die Finanztransaktionssteuer in der gesamten EU einzuführen. Da dies aber wegen des Vetos aus Großbritannien nicht erfolgen wird, muss nach Alternativen gesucht werden. Daher ist der Vorschlag der Bundeskanzlerin, die Transaktionssteuer, zunächst nur im Euro-Raum einzuführen der richtige Weg, um Spekulationen einzudämmen und mehr Gerechtigkeit auf den Finanzmärkten



Finanztransaktionssteuer in der Eurozone?

herzustellen. Nur die schwarz-gelbe Landesregierung verweigert sich noch dieser Erkenntnis. Wir werden als GRÜNE jedenfalls weiterhin auf allen Ebenen für diesen sinnvollen ersten Schritt zur Kontrolle der Finanzmärkte arbeiten.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2gb>



MANDATSWECHSEL IN DER GRÜNEN LANDTAGSFRAKTION

Wir haben auf unserer Fraktionsklausur am 7. und 8. Februar die Nachrücker Martina Feldmayer und Daniel Mack in der Fraktion begrüßt. Feldmayer folgt auf Margaretha Hölldobler-Heumüller, die zum 10. Februar 2012 ihr Mandat abgibt. Daniel Mack rückt für Sarah Sorge nach, die im März ihre neue Aufgabe als Dezernentin der Stadt Frankfurt übernehmen wird. Wir freuen uns sehr darauf, Martina Feldmayer und Daniel Mack bei uns in der Fraktion zu begrüßen und gemeinsam mit ihnen weiter an Konzepten für Hessen arbeiten zu können. Gleichzeitig möchten wir uns bei Sarah Sorge und Margaretha Hölldobler-Heumüller für ihre Arbeit in den vergangenen Jahren bedanken. Sie haben die

Hochschul-, Kultur-, Wirtschafts- und Frauenpolitik unserer Fraktion geprägt und landesweit beachtete Initiativen auf den Weg gebracht. Auf die von beiden entwickelten Konzepte werden wir auch in Zukunft aufbauen.

ALLES GUTE FÜR MARGARETHA HÖLLDOBLER-HEUMÜLLER UND SARAH SORGE

Wir wünschen beiden für die Zukunft alles Gute und viel Erfolg sowie Margaretha Hölldobler-Heumüller eine baldige vollständige Genesung. Margaretha Hölldobler-Heumüller hatte ihr Mandat aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt.

Bisher bekleidete Sarah Sorge das Amt der Vizepräsidentin des Hessischen

Landtags. Als Nachfolgerin haben wir auf unserer Fraktionsklausur Ursula Hammann nominiert. Die Wahl zur Vizepräsidentin erfolgt durch den Hessischen Landtag.

Ursula Hammann wird die Themen Umwelt, Klima und Energie an Angela Dorn übergeben und weiterhin die Bereiche Natur- und Tierschutz bearbeiten. Martina Feldmayer wird in der Fraktion Sprecherin für Landwirtschaftspolitik, Gentechnik, ländlichen Raum, Verbraucherschutz und Kultur. Daniel Mack übernimmt die Themen Netzpolitik und Sport.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/6rs>

KURZ VORGESTELLT: DIE NEUEN IN DER FRAKTION

MARTINA FELDMAYER

Persönlich:

Martina Feldmayer wurde am 30.12.1964 in Frankfurt am Main geboren und hat ein Kind.

Ausbildung:

Magister Atrium in Slawistik, Theater-, Film und Fernsehwissenschaften.

Politisch:

- Seit 1998 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen.
- Seit 2001 für die GRÜNEN im Ortsbeirat 6 der Stadt Frankfurt.
- 2003 und 2008 Direktkandidatin im Wahlkreis ... zur Wahl des Hessischen Landtags.
- Seit 2006 Stadtverordnete in Frankfurt am Main.

Mitgliedschaften:

BUND, Verdi, Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Frauenverbände, Mitarbeit bei der Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau in Schwanheim, Unterstützerin der „Initiative Juden in Höchst“ und „Stolpersteine“ in Frankfurt.

Kontakt:

Martina Feldmayer
Sprecherin für Landwirtschaftspolitik, Gentechnik, ländlichen Raum, Verbraucherschutz und Kultur

Tel.: 0611 / 350 748

E-Mail: m.feldmayer@ltg.hessen.de

www.martinafeldmayer.de



DANIEL MACK

Persönlich:

Daniel Mack wurde am 31.10.1986 in Bad Soden-Saalmünster geboren.

Ausbildung:

Studium der Rechtswissenschaften, Soziologie und Politikwissenschaftler. Berater für Sportkommunikation.

Politisch:

- Seit 2005 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen.
- Von 2006 bis 2012 Mitglied des Kreistags im Main-Kinzig-Kreis, stellv. Fraktionsvorsitzender.
- 2008 und 2009 Direktkandidat im Wahlkreis 42 (Gelnhausen) zur Wahl des Hessischen Landtags.

Mitgliedschaften:

Fanclub Nationalmannschaft, EFC AdlerGRÜN, PolitCamp e.V., SC Gelnhausen

Kontakt:

Daniel Mack
Sprecher für Netzpolitik und Sport

E-Mail: d.mack@ltg.hessen.de

www.danielmack.de

[www.twitter.com/danielmack](https://twitter.com/danielmack)





WEGFALL DER SEXUALMEDIZINISCHEN AMBULANZ

Landesregierung ist in der Verantwortung für die Opferhilfe und Prävention

Mit dem endgültigen Wegfall der Sexualmedizinischen Ambulanz gibt es in Hessen keine adäquate Patientenversorgung für Menschen mit sexuellen Störungen mehr. Es ist in keinster Weise nachvollziehbar, dass Wissenschaftsministerin der sukzessiven Abwicklung der Sexualmedizinischen Ambulanz tatenlos zugesehen hat. Gerade auch vor dem

BERATUNGS- UND THERAPIESTELLEN SIND NÖTIG

Hintergrund der notwendigen Maßnahmen gegen sexuellen Missbrauch ist eine qualifizierte, dem Stand der Forschung entsprechende und präventiv wirkende Versorgung für Pädophile, eine weitere Forschung sowie eine Anlaufstelle und Fortbildung für Therapeutinnen und Therapeuten unerlässlich.

In den Gesprächen um den von der Bundesregierung zum sexuellen Missbrauch eingerichteten ‚Runden Tisch‘ wurde ein

dringender Bedarf an Beratungs- und Therapiestellen festgestellt – in Hessen wird eine solche Stelle einfach abgewickelt und die Wissenschaftsministerin und der Sozialminister schauen zu. Wir haben immer wieder mit parlamentarischen Initiativen, Nachfragen im Ausschuss und Briefen vor dem Wegfall der Sexualmedizin gewarnt und die Ministerin zum Handeln aufgefordert. Frau Kühne-Hörmann hat sich immer hinter der Autonomie der Universität versteckt, bei einem Thema mit dieser hohen gesellschaftlichen Relevanz ist dies nicht zu verantworten.

Beim Thema des sexuellen Missbrauchs bedarf es sowohl einer guten psychologischen Beratung für die Opfer, als auch einer Beratung für (potentielle) Täter in Sinne der Prävention, wie sie beispielsweise das Projekt der Berliner Charité „Kein Täter werden“ vorbildhaft anbietet. Schätzungen gehen davon aus,

dass es in Deutschland etwa 250 000 Pädophile gibt. Jeder einzelne, der über eine psychologische Betreuung nicht zum Täter wird, ist diese Präventionsmaßnahme wert. Neben der direkten

AUSBAU WÄRE DIE RICHTIGE MASSNAHME GEWESEN

Beratung von Menschen mit sexuellen Störungen war die Sexualmedizinische Ambulanz am Klinikum der Goethe-Universität trotz immer weiter reduzierter Stunden auch wichtiger Ansprechpartner für Therapeutinnen und Therapeuten, die diese fachkundig beraten und fortgebildet hat. Ein Ausbau der Sexualmedizinischen Ambulanz wäre die richtige Maßnahme gewesen, nicht die sukzessive Schließung des renommierten Forschungs- und Beratungsinstitutes.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2fx>

A 49 – KEIN GRUND ZUM JUBELN

Die Unterzeichnung des Planfeststellungsbeschlusses der A 49 für den Bauabschnitt von Schwalmstadt bis Stadt-Allendorf Nord durch Verkehrsminister Posch (FDP), ist aus unserer Sicht kein Grund zu jubeln. Der neue Investitionsrahmenplan des Bundes, der bis zum Jahr 2015 gilt, sieht weder Geld für den jetzt planfestgestellten Abschnitt noch für den folgenden vor. Für die noch fertig zu stellenden Bauabschnitte würden mehr als 500 Millionen Euro benötigt, für den letzten Abschnitt gibt es noch keinen Planfeststellungsbeschluss.

Posch plant eine Autobahn ins Niemandsland ohne Finanzierung und trotz erheblicher Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger in Schwalmstadt. Seit vielen Jahren wird ohne Durchfinanzierung an der A 49 herumgeplant. Sie erweist sich immer mehr als Beleg für die Unfähigkeit der Landesregierung



Bei Verkehrspolitik tappt die Regierung im Dunkeln

ihre Projekte umzusetzen. Es wurde bereits sehr viel Geld verbrannt. Doch das Milliardenprojekt soll durchgezogen werden, obwohl es Naturschutzgebiete schädigt und die Gemeinden in der Region zusätzlich mit Verkehrslärm und -gestank belastet. Der begonnene Abschnitt endet im Nichts und die Autofahrerinnen und Autofahrer suchen sich ihre Wege dann durch die Dörfer und Städte.

Immer wieder haben wir darauf hingewiesen, dass seit Jahren Alternativkonzepte für Ortsumgehungen vorliegen,

die den Menschen in der Region wirklich Entlastung bringen würden. Eins davon ist zum Beispiel von der Initiative „Schwalm ohne Autobahn“ vorgelegt worden. Diese Vorschläge aber werden seit Jahren von der Landesregierung ignoriert.

Die Millionen, die an dieser Autobahn bisher verbaut wurden, fehlen an allen Ecken und Enden für die Instandhaltung von Straßen und für eine Entlastung der Menschen durch Umgehungsstraßen. Die Zeit ist reif, umzudenken, sowohl aus ökologischer als auch ökonomischer Hinsicht. Wir sollten die knappen Ressourcen so einsetzen, dass sie nicht nur der Mobilität, sondern auch den Menschen und der Umwelt nutzen.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2fu>



HESSISCHE LANDESVERTRETUNG IN BRÜSSEL

Es gibt eine Kostenexplosion für die neue Landesvertretung in Brüssel, denn der kurz vor dem Jahreswechsel durch die Landesregierung unterzeichnete Mietvertrag für die neu zu errichtende hessische Landesvertretung übersteigt



Unbestritten: Eine Landesvertretung ist nötig

die bisherigen Mietkosten um das vierfache. Die jetzt übernommene Mietverpflichtung bedeutet eine Steigerung von derzeit von 750 000 Euro Jahresmiete auf rd. 2,9 Mio. Euro. Außerdem sind wir der Auffassung, dass die Haushaltsermächtigung für den Vertragsabschluss nicht gegeben ist.

Die Landesregierung hat bei Vertragsabschluss gegen das Haushaltsrecht ver-

stoßen. Die Neuunterbringung erfolgt im Rahmen eines PPP-Projekts mit einer 30-jährigen Mietdauer. Dafür sind im Haushalt 2010 insgesamt 27,73 Mio. Euro eingestellt. Durch den jetzt abgeschlossenen Vertrag steigt das Gesamtvolumen für die neue Landesvertretung auf 39,09 Mio. Euro und geht damit deutlich über den vom Parlament genehmigten Rahmen hinaus.

EINE NUMMER KLEINER?

Zwar ist es unbestritten, dass die Räumlichkeiten der derzeitigen hessischen Landesvertretung zu beengt sind und dass ein Umzug in besser geeignete Räume dringend erforderlich ist. Auch ist das Konzept, gemeinsam mit den Partnerregionen unter einem Dach aufzutreten, ein unterstützenswertes Anliegen. Die Frage ist jedoch, ob das alles nicht ein paar Nummern kleiner geht. Auch ist zu hinterfragen, warum die Landesregierung als Hauptmieter für Flächen auftritt, die sie gar nicht braucht und da-

mit das volle Vermieterrisiko trägt. Wir stellen auch weiterhin das Raumkonzept in Frage, das davon ausgeht, dass die Landesvertretung zwingend 2800 m² umfassen muss, unter anderem umfangreiche Veranstaltungsflächen für große Empfänge. Gerade in unmittelbarer Nähe des Europaparlaments dürften Flächen für größere Veranstaltungen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, um bei Bedarf angemietet zu werden. Das dürfte kostengünstiger sein, als ständig eigene große Räume vorzuhalten. Und der hessische Landeshaushalt würde weniger belastet.

In diesem Zusammenhang kann man auch noch einmal daran erinnern, dass sich das Land Hessen per Volksabstimmung in der Hessischen Verfassung verpflichtet hat, spätestens ab dem Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr zu machen.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2ik>

DAS BOHREN HARTER BRETTER HAT SICH GELOHNT

25 Jahre nach Bruch der ersten rot-grünen Koalition in Hessen

25 Jahre nach dem Bruch der ersten rot-grünen Koalition in Hessen am 9. Februar 1987 sehen wir uns darin bestätigt, dass sich das „Bohren harter Bretter“ lohnt. Die erste rot-grüne Koalition ist daran zerbrochen, dass der sozialdemokratische Koalitionspartner den mitten im Rhein-Main-Ballungsgebiet mit Plutonium hantierenden Hanauer Nuklearbetrieben eine weitere Genehmigung erteilen wollte.

Wir GRÜNE dagegen kämpften für das Ende der hochriskanten Plutoniumwirtschaft. Inzwischen sind die Hanauer Nuklearbetriebe seit vielen Jahren Geschichte und mit dem Aus für das Atomkraftwerk Biblis im vergangenen Jahr ist Hessen atomfrei. Alle Unkenrufe wegen der wegfallenden Arbeitsplätze in Hanau haben sich als falsch heraus-

gestellt. Der ‚Industriepark Wolfgang‘ ist heute Arbeitsstätte von mehr als 4000 Menschen. Wir freuen uns, dass unser beharrliches Streiten für das Ende der Atomenergie in Hessen schließlich Erfolg hatte und wir inzwischen auch die Sozialdemokratie an unserer Seite finden können. Atomenergie ist glücklicherweise kein Streitpunkt mehr zwischen SPD und GRÜNEN – weil die SPD unsere Position übernommen hat.

ALTERNATIVEN AUFGEZEIGT

Dieses nicht tragbare Atomrisiko ist beendet. Beharrlich haben wir mehr als ein viertel Jahrhundert immer wieder auf die Gefahren und Risiken der Atomenergie hingewiesen, Alternativen aufgezeigt, zuerst gesellschaftliche und schließlich auch politische Mehrheiten verändert.



Jetzt gilt es in Deutschland und ganz besonders in Hessen mit der Energiewende Ernst zu machen. Hier haben wir schon früh mit Konzepten aufgezeigt, wie sowohl bei der Stromerzeugung als auch bei der Wärmeversorgung erneuerbare Energien diese Aufgaben erfüllen können. Auch in diesem Bereich gibt es inzwischen gesellschaftliche Mehrheiten. Jetzt müssen Politik und Wirtschaft endlich handeln, um mit großen Schritten voran zu gehen.



UMSETZUNG DER INKLUSION AN HESSENS SCHULEN

Kultusministerium will scheinbar die Rahmenbedingungen noch verschlechtern

Anlässlich eines Verordnungsentwurfs aus dem Kultusministerium zur Umsetzung der Inklusion an Hessens Schulen (Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen), warnen wir eindringlich vor einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Inklusion an hessischen Schulen. Der Entwurf muss dringend nachgebessert werden. In der momentanen Fassung würde er weniger statt mehr Inklusion bedeuten. Schon jetzt sorgt dieser Entwurf für erhebliche Verunsicherung an den Schulen. Die Schulpraktiker wissen, dass die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention so wie derzeit geplant, nicht funktionieren kann.

In einer ausführlichen Stellungnahme hat die GEW die Probleme des Verordnungsentwurfs herausgearbeitet. So soll es künftig für den gemeinsamen, inklusiven Unterricht keine kleineren Klassen mehr geben, die Unterstützung durch Lehrerinnen und Lehrer mit sonderpädagogischer Qualifikation reduziert werden und zu Beginn der Grundschulzeit

sogar fast vollständig auf zusätzliche Förderung verzichtet werden.

In der derzeit noch gültigen Verordnung sind für den gemeinsamen, inklusiven Unterricht deutlich kleinere Klassen vorgesehen. In der Grundschule liegt die Höchstgrenze bei 20 und in der weiterführenden Schule bei 23 Schülerinnen und Schüler. Im Entwurf der neuen Verordnung wurde diese Reduzierung der Klassengrößen gestrichen. Damit entfällt eine wesentliche Voraussetzung, um tatsächlich alle Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen individuell fördern zu können. Wer sich der pädagogischen Herausforderung der Inklusion stellt, braucht dafür auch die notwendigen Rahmenbedingungen. Man kann über eine Differenzierung der Klassengrößen je nach sonderpädagogischen Förderschwerpunkt nachdenken, aber komplett auf eine Senkung zu verzichten, wird nicht funktionieren.

Darüber hinaus gibt es weitere Kritikpunkte wie den Wegfall der sonderpädagogischen Förderung ab der ersten Klasse oder die Reduzierung der Unterstützung durch ausgebildete Förder-

schullehrerInnen.

ENTWURF ANPASSEN

Wir fordern das Kultusministerium auf, den Entwurf an den relevanten Stellen noch zu verändern. Noch ist es ja zum Glück nur ein Entwurf. Wir hoffen sehr, dass das Ministerium unsere Kritik und die vieler anderer Gruppen und Verbände aufnimmt. Der derzeitige Entwurf darf nicht das letzte Wort sein. Mit ihm würde es zu erheblichen Verschlechterungen beim gemeinsamen, inklusiven Unterricht kommen. Das wäre das genaue Gegenteil von dem, wozu sich Deutschland und Hessen mit Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet haben. Es würde zudem Lehrkräfte überfordern und vor unlösbare Aufgaben stellen und somit Kindern, die der besonderen Unterstützung bedürfen, eben diese individuelle Förderung in der Regelschule vorenthalten.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2fw>

NEUJAHRSEMPFANG 2012 – MIT NEUER ENERGIE FÜR 2012

Am 25. Januar haben wir unseren traditionellen Neujahrsempfang in Wiesbaden gefeiert. Es waren neben vielen Weggefährten auch der Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion Jürgen Trittin zu Gast. Hier einige Impressionen.



Bilder und Videos auch auf gruene-hessen.de und im Kanal GRÜNE Hessen ([youtube.com](https://www.youtube.com))



VETTERNWIRTSCHAFT IM BEREICH DES INNENMINISTERIUMS

Da Innenminister Rhein (CDU) sich in der Sitzung des Innenausschusses um die Antwort auf Fragen der Opposition nach Vetternwirtschaft im Landespolizeipräsidium gedrückt hat, haben wir gemeinsam mit den Fraktionen von SPD und DIE LINKE eine Sondersitzung des Innenausschusses beantragt. Mit einem Dringlichen Berichts Antrag sollen die offenen Fragen geklärt werden. Es werden Vorwürfe erhoben, dass zwischen 2006 und 2010 im Bereich Informations- und



Bislang bleibt vieles im Dunkeln

ter eingeleitet, und er wurde von seinen Aufgaben entbunden.

WAS HAT RHEIN ZU VERBERGEN?

Gemeinsam hat die Opposition in einem Brief Innenminister Rhein (CDU) um Aufklärung gebeten. Diese Aufklärung erfolgte in der Sitzung des Innenausschusses nicht. Der Landesrechnungshof hatte bereits am 14. März 2011 das Vorgehen im Landespolizeipräsidium kritisiert und um Aufklärung gebeten. Der Landespolizeipräsident wurde am 18. Juli 2011 informiert und erst im Oktober

2011 informierte Innenminister Rhein (CDU) die Opposition in einer vertraulichen Sitzung.

Was hat Innenminister Rhein zu verbergen, fragen wir uns. Er kann der Opposition wahrlich nicht vorwerfen, ihm nicht genug Zeit gegeben zu haben, die Angelegenheit befriedigend zu regeln. Wir wollen wissen, wer die Verantwortung für die Verstöße trägt, wer davon profitiert hat und ob diese Zustände über einen langen Zeitraum gedeckt wurden. Aber offensichtlich ist in den vergangenen Wochen nichts Wesentliches zur Aufklärung vom Innenministerium geleistet worden. Wir wollen lückenlose Aufklärung, und deshalb wird es zu dieser Sondersitzung des Innenausschusses kommen.

Weitere Informationen und Kontakt:
<http://gruenlink.de/2h7>

SECHS MILLIONEN VERSCHLEUDERT?

Kommunikationstechnik Beträge in einem Umfang von ca. sechs Millionen Euro verschleudert worden sein sollen und Honorarverträge an ehemalige Beamte des Innenministeriums in einem fünfstelligen Bereich vergeben worden sein sollen. Inzwischen wurde ein Disziplinarverfahren gegen einen Referatsleiter

KURZ NOTIERT

KEINE MISSBILLIGUNG

Im Wirtschaftsausschuss haben CDU und FDP es abgelehnt, das Verhalten von Minister Posch beim Vergaberecht zu missbilligen. Posch hatte Ende Dezember 2011 die erhöhten Schwellenwerte für freihändige und beschränkte Vergaben aus den Konjunkturprogrammen verlängert obwohl dem Landtag zuvor kein Evaluationsbericht vorgelegt worden ist. Wir begrüßen zwar, dass Minister Posch unserer Forderung nachgekommen ist und die Ergebnisse des Evaluationsberichts heute zumindest mündlich endlich vorgestellt hat. Allerdings hatten sowohl der damalige Finanzminister Weimar als auch Minister Posch ausdrücklich zugesagt, den Landtag vor der Entscheidung einzubinden. Ein mündlicher Kurzvortrag im Ausschuss ersetzt keineswegs die Vorlage eines Evaluationsberichts, wie ihn etwa der Bundesrechnungshof für die Konjunkturprogramme des Bundes vorgelegt hat. Es wäre Posch zudem ein Leichtes gewesen, den Landtag davon in Kenntnis zu setzen, dass er seine Zusage aufgrund äußerer Umstände nicht einhalten könne. Dies ist nicht geschehen.

ABWERBUNG

Mit seiner gescheiterten Abwerbeaktion in Thüringen hat Grüttner Hessen bis auf die Knochen blamiert. Sie war offensichtlich nicht mit der dortigen Landesregierung abgestimmt. Wieder einmal war der Landesregierung Aktionismus und Schaumschlägerei wichtiger als die reale Lösung von Problemen. Und auch bei den originären Landesaufgaben versagt diese Landesregierung. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern gehört dazu. Wir haben bereits vor zwei Jahren ein Sofortprogramm vorgelegt. Damals behauptete Schwarz-Gelb, es gebe keinen Handlungsbedarf. Das rächt sich nun.

KOSTENEXPLOSION

Die erneute Kostenexplosion bei der Hessentagsstadt Oberursel macht deutlich, dass sich der Hessentag ändern muss, wenn er für Land und Kommunen finanzierbar bleiben soll. In Oberursel wurde die von der Stadtverordnetenversammlung festgelegte Kostengrenze von 3,5 Millionen um eine Million Euro überschritten. Hinzu kommen 1,3 Millionen Euro, die in der Stadtverwaltung anfielen. Diese Kosten waren nicht in

der Kostenobergrenze enthalten. Die Zeit ist reif, darüber nachzudenken, wie die positiven Effekte des Hessentages mit weniger finanziellem Aufwand für Land und Kommunen erreicht werden können. Wir erneuern unseren Vorschlag, den Hessentag künftig nur noch alle zwei Jahre auszurichten und das Fest zu straffen.

PERSONALIEN

Leider hat uns unsere langjährige Referentin für die Bereiche Innen, Recht, Kommunales und Datenschutz Pia Walch in Richtung Stuttgart verlassen. Ihre Nachfolge ist bislang ungeklärt. Wir wünschen Pia viel Freude und Erfolg bei ihren neuen Aufgaben.

IMPRESSUM

Herausgeberin

Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582

V.i.S.d.P.

Mathias Wagner - Parl. Geschäftsführer

Redaktion & Layout: Till Haupt

Fotos: Eigene, pixelio.de

Druck: März 2012